

Der Steinarbeiter

ORGAN

des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands.



„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend. Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich 80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband einzeln 90 Pfg., von zwei Nummern ab 60 Pfg.

„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Geschäftsstelle und Expedition:
Leipzig
Große Fleischergasse 14, I.

Anzeigen: An Gebühren werden von Vereinen und Krankenkassen 10 Pfg., von Privaten 20 Pfg. für die gespaltene Zeile oder deren Raum berechnet. Dieselben werden, ausschließlich der Anzeigen, die auf Kosten der betreffenden Zahlstellen Aufnahme finden, nur gegen vorher geleistete Bezahlung angenommen.

Nr. 26.

Sonnabend, den 1. Juli 1905.

9. Jahrgang.

Streiks, Sperrungen und Lohnbewegungen.

Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

In folgenden Filialen stehen die Kollegen in Lohnbewegungen: Annaberg, Wittweida, Plauen i. Vogtland, Reheim a. d. Donau, Schmalkalden-Protterode.

Strasbourg. Die Kollegen der Sandsteinbranche stehen im Streik.

Nichtenberg i. Odenwald. Firma Metz in Großbieberau gesperrt.

Hannover. Bei der Firma Menzig legten 11 Kollegen wegen Maßregelung die Arbeit nieder.

Stuttgart II. In der Marmorwarenfabrik Keller stehen unsere Kollegen in einer Lohnbewegung.

München. Die Aussperrung dauert fort.

Konstanz. 45 Kollegen traten am 19. Juni in den Streik. Vandenberg (Bergstraße). Zuzug nach hier fernhalten.

Friedberg i. Hessen. Die Plätze Doll und Damm sind gesperrt.

Dresden. Für die Marmorarbeiter ist Zuzug fernzuhalten.

Bauzen. Zuzug nach Stiebitz bei Bauzen, Bruch Zachmann, ist fernzuhalten.

Treuen i. Vogtland. Für die Granitarbeiter ist Zuzug fernzuhalten.

Wittenberg. Ueber den Werkplatz Zeller ist die Sperre verhängt.

Wetzlar (Bahn). Am hiesigen Dombau streiken die Maurer. Die Baufirma sucht Steinmehnen zum Versetzen, welches bisher die Maurer besorgten. Zuzug ist strengstens zu meiden.

Kappelroded und Umgebung. Zuzug nach hier ist streng fernzuhalten.

Elberfeld. Die Granitarbeiter bei der Firma Brecker haben wegen Lohnunterschieden die Kündigung eingereicht. Zuzug ist fernzuhalten.

Ringelbach-Oberkirch. Wegen Lohnunterschieden ist Zuzug fernzuhalten.

Gotha. Die Sandsteinmehnen haben Zuzug fernzuhalten.

Wien. Seit vier Wochen stehen 400 Kollegen aller Branchen im Streik.

Wir haben alles aufzubieten, um dieses Ziel zu erreichen. Gerade jetzt kommt für die Steinarbeiter die Zeit der Hochkonjunktur, wird diese noch richtig agitatorisch ausgenutzt, so zweifeln wir nicht im geringsten daran, daß am Jahreschluß der Verband 15 000 Mitglieder zählt. Ist es denn nicht erfreulich, daß wir gerade in den Bruchdistrikten dieses Jahr schon so schöne organisatorische Erfolge erzielt haben? Bieten wir deshalb alles auf, um dort, in den Gegenden, wo die Unternehmer die Arbeiter noch stupplos ausbeuten, unsere Anschauungen immer noch mehr zu verbreiten. Seien aber insbesondere auch die Gauleitungen auf der Hut, daß die neugewonnenen Zahlstellen auch stabil bleiben. Eine eingegangene Zahlstelle kann meistens erst nach Jahren wiedergewonnen werden. Durchblättern wir die früheren Jahresabrechnungen, so wird einem ganz eigenmächtig zu Mute, wenn es immer heißt: „Zahlstelle eingegangen“.

Es muß unsre Hauptaufgabe sein, die gewonnenen Mitglieder auch dem Verbandsverbande erhalten zu können. Es bedarf jahrelanger organisatorischer Tätigkeit, bis die Mitglieder in den einzelnen Orten so gefestigt sind, daß sie als zuverlässig gelten können.

Es war der reifste Samen, daß sich unser Verband im Maingebiete nicht ausbreiten konnte, trotzdem mit den Mitteln zur Agitation, wenn sie verlangt wurden, nicht gespart wurde. Wir dürfen wohl sagen, daß kein Steinbruchgebiet Deutschlands bei den Verbandsmitgliedern so im schlechten Ruf stand, als dieser Bezirk, wo Tausende von Steinarbeitern beschäftigt sind. Die Einsetzung eines Gauleiters wird sich dort bewähren. Die Einverleibung des unteren Maingebiets zum Würzburger Gau war eine absolute Notwendigkeit. Gätten wir in dieser Gegend in Zukunft so weiter fortgeburtelt wie seit Jahren, dann wäre dieses Gebiet für uns für immer verloren gewesen, denn die Christlichen unternahmen schon in mehreren Orten den Versuch, und auch mit Erfolg, sich da heimlich zu machen. Nun, wir werden am Jahreschluß sicherlich in diesem Gau ein günstiges Fazit ziehen können.

Bei dieser Gelegenheit müssen wir betonen, daß es uns sehr schmerzlich berührt, daß die Zahlstelle Könnitz bei Würzen mit 500 Mitgliedern nicht gehalten werden konnte. Die Brüche liegen dort stundenweit zerstreut, die Unternehmer bekämpften den Verband aufs schärfste; dabei kam hinzu, daß der Vertrauensmann seiner Aufgabe nicht im geringsten gewachsen war, ferner mangelte es an Versammlungsorten. Nur unter diesen Umständen verloren wir die Zahlstelle! Aus diesem Beispiele haben wir die nötige Lehre zu ziehen. Nachdem das Rückwärtsgehen des Mitgliederbestands eintrat, hätte die Zahlstelle allerdings noch mit Leichtigkeit erhalten werden können, wenn wir für dieses Gebiet, wo noch 500 Unorganisierte in Frage kamen, einen fest besetzten Kollegen eingesetzt hätten, der vom Terrorismus der Unternehmer nicht erreicht werden konnte. Wir dürfen zukünftig nicht mehr so kurzfristig sein, wenn wir große organisatorische Erfolge erzielen wollen.

Auch der Zustand ist unhaltbar, daß die Stelle eines Gauleiters im Straßburger Gau schon seit Monaten vakant ist. Es müßte eigentlich Ehrenfrage der Zahlstelle Straßburg sein, für die Besetzung dieses Postens Sorge zu tragen; aber das Gegenteil ist der Fall, es wird berichtet, wir können diesen Posten nicht besetzen, obgleich über 300 Verbandsmitglieder vorhanden sind. Ein solches Verhalten muß an den Pranger gestellt werden. — Hoffentlich tritt baldigst eine Regelung dieses bedauerlichen Zustands ein. Zuerst wird verlangt, daß im Elsaß und Lothringen genügend Agitation betrieben werden soll, dann aber trägt die Zahlstelle nicht im geringsten dafür Sorge, durch die Besetzung der Gaubewertung die Agitation auch zu ermöglichen.

Am Schlusse dieser Zeilen sei noch betont, daß die Zahlstellen, die in eine Lohnbewegung eintreten, auch auf das Statut achten. In letzter Zeit tritt wieder die alte Methode ein, Streiks zu beschließen, ohne auch nur an den Vorstand zuvor ein Wort zu berichten. Wir warnen wiederholt vor so übereilten Beschlüssen. Die in Frage kommenden Kollegen haben die Konsequenz dieser Beschlüsse selbst zu tragen. In solchen Fällen wird unnachlässig die Streikunterstützung verweigert. Wir sind in diesem Jahre, wie eingangs schon erwähnt, an so vielen Streiks engagiert, daß bei der Beschließung von Streiks die größte Vorsicht zu walten hat.

Wir erwarten, daß dieser Hinweis seine Wirkung nicht verfehlen möge.

Im großen und ganzen können wir mit der Entwicklung unseres Verbandes in diesem Jahre zufrieden sein. Es müssen uns die bisherigen Errungenschaften ein großer Ansporn sein, für die Gewinnung von Mitgliedern mit unermüdlichem Eifer zu sein.

Zu jedes Verbandsmitglied auch in agitatorischer Hinsicht seine Pflicht.

Zum Kölner Kongress.

Was wir in dem Beschlusse über den Generalfstreik bedauern, ist nicht etwa der Beschlusse selbst. Der hat gar keine praktische Bedeutung. Wenn einmal die politische Situation derart liegt, daß ein politischer Massenstreik notwendig wird, so werden sich die Massen den Teufel um die papierne Resolution von Köln kümmern. Die Leichtigkeit, um nicht zu sagen Leichtfertigkeit, mit der man so tief liegende Probleme behandelte, war bisher in der deutschen Arbeiterbewegung nicht üblich und wird es auch hoffentlich nicht werden. Die Konfusion, die aber heute noch über das Thema Generalfstreik und politischer Massenstreik in den Köpfen vieler Gewerkschaftsführer herrscht — bekam es doch auf dem Leipziger Metallarbeiterkongress der Referent über den Kölner Kongress, Fritz Ehrler, wirklich und wahrhaftig fertig, zu behaupten, diese beiden Arten von Streiks seien völlig identisch! — beweist gerade, wie notwendig die Diskussion über den politischen Massenstreik ist und daß die Kölner Resolution, die diese Diskussion unterbinden will, gar nicht unglücklicher gefaßt werden konnte. Der anarchistische Generalfstreik hat mit dem politischen Massenstreik gerade so viel zu tun, wie der Bar am Himmel mit dem Wären auf der Erde, nämlich gar nichts. Die Anarchisten glauben, mit ihrem Generalfstreik die gesamte kapitalistische Welt aus den Angeln heben zu können und dann sofort zur Sozialisierung der großen Produktionsmittel übergeben zu können. Gegen dieses Phantom erst anzukämpfen und zwar mit dem ganzen Nachdruck, den Bömelburg anwandte, indem er die Broschüre des anarchistischen Wirkkopfs Koller zerriß, lohnte kaum der Mühe. Hier gilt immer noch der völlig durchschlagende Einwand des alten Liebnicht, daß dieser Generalfstreik eine Reife der Organisation und der Aufklärung des Proletariats voraussetze, die den Generalfstreik selbst überflüssig und die politische Machtergreifung durch die Arbeiterklasse ohne weiteres selbstverständlich mache. Aber so stichhaltig dieser Einwand gegen den anarchistischen Generalfstreik ist, so völlig belanglos ist er gegen den politischen Massenstreik. Gegen die Wirksamkeit dieser Waffe läßt sich schon deswegen nichts von vornherein sagen, weil sie sich praktisch bereits bewährt hat. Siehe Frankreich, Belgien und Schweden. Er ist das Ergebnis ganz bestimmter sozialer, politischer und auch geographischer Bedingungen und hat ganz bestimmte soziale und politische Ziele im Auge, wie z. B. die Sicherung des Koalitionsrechts oder des allgemeinen Wahlrechts.

Freilich Genosse Bömelburg rief in Köln unter starkem Beifall der Anwesenden aus: „Man fragt, was wir anfangen sollten, wenn wir kein Wahlrecht mehr hätten. Wir werden dann im Kampfe die Mittel anwenden, die wir als zeitgemäß betrachten. Und wenn uns die Reaktionen trotzdem das Wahlrecht nehmen, glauben Sie, daß wir dann am Ende unseres Lateins sind? (Vielfache Zurufe: Nein, noch lange nicht!) Und wenn man uns auch noch das Koalitionsrecht nähme, glauben Sie, wir wären dann am Ende unseres Lateins?“ (Erneute Zurufe.) Wir müssen gestehen, daß uns diese Worte im Munde eines Gewerkschaftsführers außerordentlich seltsam vorkommen. Denn sie müssen auf unsere Scharfmacher wie eine direkte Aufmunterung wirken, mit jenen beiden Volksrechten Schluch zu machen. Eine derartige Aufmunterung haben sie aber wirklich nicht nötig. Der starke Beifall, den Bömelburg fand, legt mehr für sein rednerisches Talent, als für die Schlagkraft seiner Beweisführung Zeugnis ab. Denn leider unterließ der Redner, die „Mittel“ anzugeben, die die Arbeiterklasse „dann“ als „zeitgemäß“ betrachten würde.

Der Massenstreik bedeutet die Revolution! sagt Bömelburg. Ei gewiß! Zum Donnerwetter! Fürchten wir uns etwa vor einem Wort, und stehen wir nicht alle auf dem Boden der Revolution? Oder sind wir vielleicht Anhänger

Das bisherige Ergebnis aus dem Jahre 1905.

Das Jahr 1905 scheint für den Steinarbeiterverband so recht ein Jahr des Kampfes zu sein. Im Januar waren bereits 32 Lohnbewegungen signalisiert und bis jetzt hatten wir schon 26 Streiks und 1 Aussperrung durchzuführen. Ohne Ueberhebung kann gesagt werden, wir haben in diesem halben Jahr äußerst günstig abgeschlossen. Insbesondere trifft dieses auch für mehrere jüngere Zahlstellen zu, die noch nicht Gelegenheit hatten, die Feuerprobe des gewerkschaftlichen Kampfes bestehen zu können. Besonders schön sind die Erfolge der Kollegen von Köln, Kaiserslautern, Meissen (Pflasterer) und Dresden zu nennen. Die Unternehmer, die hochmütig wie immer zunächst unsere Forderungen ablehnten, mußten erst die Macht des Verbands kennen lernen, ehe sie bewilligten. Mehr als 2000 Verbandsmitglieder standen 1905 schon im Streik und keine Periode in früheren Jahren brachte so viele wirtschaftliche Kämpfe mit sich, als die gegenwärtige. Nur in wenigen Fällen gelang es uns, ohne Streik einige Vorteile für die Mitglieder zu erreichen, ein Beweis, daß selbst die kleinsten Zugeständnisse erst erkämpft werden müssen. Daß deshalb die Stärkung unseres Verbands unermüdlich propagiert werden muß, ist klar. Wir sind seit Jahren mit dem Mitgliederstand leider nicht vorwärts gekommen, die erste Hälfte 1905 macht davon erfreulicherweise eine rühmliche Ausnahme und es konnten schon über 30 Zahlstellen gegründet werden. Wir müssen aber die Erfolge dieses Jahres auch vollständig ausnützen.

Es muß ein Leichtes sein, in den vorhandenen fünfzehn Gauen noch mindestens tausend Mitglieder bis zum Jahreschluß zu gewinnen.

der göttlichen Weltordnung von Kapitalismus Gnaden geworden? Der Massenstreik ist genau so revolutionär, wie die moderne Arbeiterbewegung revolutionär ist, und der dünkt uns ein schlechter Arbeiterführer zu sein, ganz gleich, ob auf politischem oder gewerkschaftlichem Gebiete, der mit dieser sozialen Revolution nicht rechnet. In dem gleichen gemüthlichen Trost, wie die Bewegung seit 15 Jahren verläuft, wo alles hübsch glatt von statten geht, die Zahlstellen steigen, die Zeitungssabonnenen sich vermehren, die Klassen sich füllen usw., so wird es nicht in alle Ewigkeit gehen. Wer daran zweifelt, daß die Bourgeoisie sich im gegebenen Augenblick zur Wehr setzen wird, der zweifelt daran, daß die Politik der Arbeiterklasse für sie überhaupt eine ernste Gefahr bedeutet. Vielleicht gibt man sich hier und da in Arbeiterkreisen der Illusion hin, daß man eine konsequente Arbeiterpolitik treiben kann, ohne die Interessen der herrschenden Klassen, ja diese selber, in ihrer Existenz zu bedrohen. Bei der Bourgeoisie herrscht jedenfalls darüber gar keine Illusion und sie wird keinen Augenblick Bedenken tragen, Wahlrecht und Koalitionsfreiheit zu zerbrechen, wenn sie die Stunde für günstig hält. Und da wäre es allerdings von Vorteil gewesen, wenn der Kölner Kongreß klipp und klar erklärt hätte, daß die Arbeiterklasse in diesen Dingen keinen Spaß versteht und fest entschlossen ist, im äußersten Falle auch das Meißer zu wagen. Dann hätten unsere Scharfmacher wenigstens gewußt, was ihnen bevorsteht.

Etwas Gutes freilich wird der Kölner Beschluß über den politischen Massenstreik doch haben: er wird nämlich das Gegenteil von dem herbeiführen, was er selbst besagt. Die Diskussion über den Massenstreik, die die Kölner Resolution beseitigen wollte, hat ja seit dieser Zeit ganz besonders lebhaft eingesetzt und in dem Buche der Genossin Henriette Roland-Holst, das soeben im Verlage der Sächsischen Arbeiterzeitung herausgekommen ist, eine ganz vorzügliche wissenschaftliche Grundlage erhalten,* dessen Aneignung wir unseren Lesern nur empfehlen können. Vor allem aber mögen in der Gewerkschaftsbewegung die Worte beherzigt werden, die Kautsky der trefflichen Schrift vorausschickt, und die da lauten:

„Die gewerkschaftliche Aktion und der Streik im alten Sinne werden immer ohnmächtiger durch die moderne ökonomische Entwicklung. Jedoch nichts wäre irrthümlicher, als daraus zu schließen, die Lage der Gewerkschaften und der Streiks wären nun gezählt. Im Gegentheil, diese werden immer notwendiger und wichtiger, sie werden eine größere Bedeutung für das gesamte gesellschaftliche und politische Leben. Nur die alten Schablonen werden immer unzureichender zur Lösung der Aufgaben, den Gewerkschaften und den Streiks gestellt werden, diese Aufgaben komplizieren sich immer mehr und gestalten sich immer mannigfaltiger. Dementsprechend müssen auch die Methoden der gewerkschaftlichen Aktion immer mannigfaltiger werden, verschieden werden für verschiedene Berufe und Situationen. Für die Leitung einer Gewerkschaft, eines Streiks reicht es nicht mehr aus, eingewandter Routinier und gewissenhafter Klassenbeamter zu sein, der vor allem danach trachtet, seine Klasse zu füllen und alles zu vermeiden, was sie leeren könnte, ohne sich darum zu kümmern, was rechts und links von ihr vorgeht. Der Leiter gewerkschaftlicher Aktionen muß ein Politiker in großem Stil sein; er bedarf nicht etwa überschlauer Diplomatie, die glaubt, durch überlegene List jeden Gegenstand kampfflos überwinden zu können, wohl aber eines weiten Blicks, der Erkenntnis der tieferen ökonomischen Zusammenhänge, der Beziehungen zwischen Politik und Ökonomie, enger Fühlung mit der Gesamtbewegung des Proletariats, die ihren besten Ausdruck in der Sozialdemokratie findet, und vollen Verständnisses für die Eigenart des Berufs, dem seine Organisation dient, und der ökonomischen und politischen Situation, in der sich der jeweilige Kampf abspielt.“

* Henriette Roland-Holst: Generalstreik und Sozialdemokratie, mit einem Vorwort von Karl Kautsky. Druck und Verlag von Raben u. Co., Dresden 1905, 184 Seiten. Preis 1,20 Mk.

Schwarze Listen der Straßburger Bauunternehmer und Steinmetzmeister.

Dem Mühlhäuser Parteiblatt flog folgendes Rundschreiben auf den Redaktionstisch. Es lautet

Straßburg, den 10. Juni 1905.

Deutscher Arbeitgeberbund für das Baugewerbe.

Landesverband Elsaß-Lothringen.

An unsre Mitglieder!

Die hiesigen, nachstehend aufgeführten Steinarbeiter haben an die Unternehmer die Forderung gestellt, die Akkordarbeit abzuschaffen und prinzipiell die Tagelohnarbeit einzuführen. Zur Durchführung ihrer Forderung wurde am 7. d. M. die Arbeit eingestellt, obwohl sich die hiesige Baugewerksinnung zur Einführung eines Tarifs bereit erklärte.

Bei dieser Sachlage ergeht an unsre Mitglieder deshalb in Gemäßheit unseres Statuts die ergebene Bitte, keinen der ausständigen Arbeiter einzustellen bzw. bereits eingestellte sofort zu entlassen.

Mit kollegialen Grüßen! Der Verbandsvorstand. Folgen die Namen von nicht weniger als 242 Steinarbeitern, jeder einzelne vom Geburtsdatum begleitet.

Weil es die Steinarbeiter gewagt, gegen den Innungsstachel zu löcken und für eine Regelung im Gewerbe einzutreten, die die Innung selbst als notwendig erachtet, deshalb sollten sie nicht allein den Staub der Stadt Straßburg von ihren Füßen schütteln, deshalb sollen sie auch anderwärts brotlos gemacht, dem Hungertode überantwortet werden. Und nicht nur den organisierten, auch den unorganisierten Unternehmern werden die 242 Arbeiter denunziert. Davon verlautet freilich in dem von Arbeiterfreundlichkeit nur so triefenden Waschzettel der Innung nichts und die brave bürgerliche Presse, die jeden Fehltritt der Arbeiter mit Wohlgefallen ihren Lesern unterbreitet — das moralisch nicht niedrig genug einzuschätzende Kampfmittel der Innung, das schweigt sie mit einer Beharrlichkeit tot, die einer besseren Sache würdig wäre.

Wie diese schwarze Liste wirkt, möge Folgendes beleuchten. Einige Kollegen reisten nach Offenburg (Baden),

um Arbeit zu suchen, denn es wurden dort Arbeitskräfte gebraucht.

Ein Offenburger Bauunternehmer erhielt von der Stadt einen Schulhausbau übertragen, trotzdem er nicht das niederste Angebot hatte. Es wurde aber unterstellt, daß er die Steinhauerarbeiten in eigener Werkstatt anfertigen lasse. Diese Aufgabe wurde dem Unternehmer sehr erschwert, weil zurzeit tüchtige Steinhauer nicht leicht zu haben sind. Der Straßburger Streik führte nun dem betr. Meister zu seiner Freude sechs tüchtige Arbeiter zu, die mit Vergnügen eingestellt wurden. — Da, nach ein paar Tagen erhielt der Unternehmer von seinem Verband die schwarze Liste zugesandt, die ihn zugleich an die vereinbarte Konventionalstrafe erinnerte, und schweren Herzens entließ er die von ihm über ihre Tüchtigkeit belobten Straßburger Steinhauer. Der Bau des Schulhauses erleidet durch den Mangel an Haupteinen große Verzögerung und kommt jetzt von auswärts viel fertiges Material. Ob sich der Stadtrat von Offenburg diese willkürliche Vertragswidrigkeit gefallen läßt, wird sich bald zeigen. — Ueber die moralische Seite dieser Handlungsweise der Herren von der Innung wollen wir uns vorläufig jeden Urteils enthalten.

Wir wollen unseren Lesern auch nicht vorenthalten, wie die Zentrumsleuchten über unsere Forderungen denken und urteilen. Im „Klerikalen Volksboten“ kam ein geistlicher Wirkshauschwasser nicht umhin, den streikenden Steinmetzen ein zu verlesen.

Er legt dem „Volksboten“ diese Worte in den Mund: „... Anwer vorgeht ham'i uff'm e Chantier zueg' hört, um d' ich e so e Steinhauer g'sinn, der hett sich um die ney Tarification füddiert g'rad wie um sin ersat Heind. 'D' Raß ich g'füllt, het der g'saad, 's Wetter ich schön; jetzt wurd nimm g'schafft biß aß d' Raß leer ich. ... 's sinn noch lang nit alli Arbeiter vun dere Sort, anwer manchmol sinn's g'rad die, wo in de Arbeiterzünft 's größt Mühl ham und 's groß Wort führe, so daß manniemol e Majorität vun Arbeiter, wo gern furttschaffe thäte, vun ere Minorität tyrannisiert wurd.“

Als dem „Volksboten“ in voriger Woche seitens der Streikleitung ein sachlicher Bericht über Ursprung und Wesen des Streiks zugeht, hat er diesen in den Papierkorb wandern lassen. Aber den Streikenden so hintenherum eins zu verlesen, wenn es auch noch so blödsinnig ist, dazu hat das „christliche“ Blatt Zeit und Raum. Die Arbeiter werden sich auch diesen heimtückischen Streich der Männer aus dem Volke in des Wortes verwegener Bedeutung merken und sich seiner erinnern, wenn es not tut.

Für die christlich-organisierten Steinarbeiter ist dies wiederum ein Beweis, wie die klerikalen Blätter der Gewerkschaftsbewegung gegenüberstehen.

Wie die christlich-klerikale Presse über das Vorgehen der Streikenden weiter schimpft, wollen wir mit folgendem Beweis belegen. Das klerikale Blatt, Der Elsaßer, schrieb kürzlich: Dossenheim (Vogesen). Ein gewisser Peter Panther, Steinhauer in Straßburg, trieb sich in den Steinbrüchen herum, um die Arbeiter aufzuwiegeln, daß sie die Arbeit niederlegen. Fünf davon folgten ihm. Da derselbe aber auch Flugblätter verteilte mit aufreizendem Inhalt, so wird die Sache noch ein gerichtliches Nachspiel für ihn haben.“

Auf diese Weise treten klerikale Blätter für die Rechte der Arbeiter ein. Was sich der Elsaßer geleistet hat, grenzt an Denunziation. Unsere Verbandskollegen tun gut, den christlich-organisierten Steinarbeitern von diesen beiden Auszügen Kenntnis zu geben.

Ein großer Marmorarbeiterkampf.

In dem bekannten Carrara (Italien) sind Tausende von Arbeitern bei der Gewinnung des weltberühmten Marmors beschäftigt. Dieses blendend weiße Material findet in allen Weltteilen Verwendung und in Carrara wird das Gestein zum größten Teil nur roh verarbeitet und dann sofort weiter versendet. In Deutschland zum Beispiel dürfte es nicht eine Marmorwerkstatt geben, wo nicht Material aus Carrara verwendet wird. Die Steinarbeiter in den dortigen Brüchen sind bei der anstrengenden und dabei äußerst lebensgefährlichen Arbeit sehr notdürftig entlohnt und stellen Anträge auf eine minimale Lohnerhöhung. Die Unternehmer lehnten dieselbe ab und bei einigen Bruchbesitzern traten die Arbeiter in den Streik. Bemerkenswert ist, daß die Steinarbeiter in Carrara eine Lokalorganisation besitzen, welche dem allgemeinen italienischen Bauarbeiterverband, dem auch die übrigen Steinarbeiter angegliedert sind, nicht angehört.

Am 30. Mai machte nun eine Firma von Carrara den Versuch, von unorganisierten Arbeitern geförderten Marmor zu verladen. Diese törichte Provokation gab Anlaß zu der heutigen Lage, die im ganzen Marmordistrikt zu den allerhöchsten Besorgnissen Anlaß gibt. Die Transportarbeiter der betreffenden Firma weigerten sich nämlich, den Marmor zu befördern, was zur Entlassung der Beteiligten führte, auf die die gesamte Arbeiterschaft der Firma, einige hundert Mann, durch Niederlegen der Arbeit antwortete. Nun wurden die Unglücksblöcke durch vier Unternehmer selbst mit Hilfe von Handlangern verladen. Dies bestimmte die organisierten Eisenbahner der lokalen Marmorbahn, den Zug mit den Blöcken nicht auslaufen zu lassen. Die Bahngesellschaft entließ die Eisenbahner, die den Zug verlassen hatten, und beantragte dadurch ihr ganzes Personal zum Streik. Diese Situation dauerte unverändert vom 1. bis zum 10. Juni; an diesem Tage proklamierte das Konsortium der Unternehmer die Aussperrung aller Marmorarbeiter auf den nach dem Meere zu gelegenen Brüchen. Die Bahngesellschaft ihrerseits entließ ihr gesamtes Personal. Im ganzen waren so etwa 3500 Arbeiter arbeitslos. Da aber die Versuche, Streikbrecher zu finden, besonders für die Bahn völlig scheiterten, forderte die Stadtverwaltung von Carrara die Bahngesellschaft auf, binnen drei Tagen den Dienst wieder herzustellen. Als die drei Tage herum waren, ohne daß der Verkehr wieder aufgenommen war, übernahm die sozialistische Stadtverwaltung von Carrara die Bahn in eigenen Betrieb und stellte alle ausgesperrten Arbeiter wieder ein.

Es war dies eine ebenso rationale wie gesetzliche Beilegung des Konflikts. Wahrscheinlich bedauerte der Präfekt umsonst das viele Militär in Carrara zusammengezogen zu haben und wollte daher von einer friedlichen Lösung nichts wissen: er annullierte sofort die Entscheidung der

Stadtverwaltung und forderte die Bahn auf, den Kommando-Betrieb der Bahn nicht zu gestatten. Die Arbeitskammer von Carrara hat darauf vom 19. Juni ab den allgemeinen Ausstand aller Organisierten der Provinz proklamiert. Die Lage ist ungeheuer ernst; es sind über 2000 Mann Militär in Carrara und Umgegend zusammengezogen. Die Bevölkerung ist bis jetzt sehr ruhig, man soll aber nicht vergessen, daß die Gegend von Carrara auf eine Reihe von Volkserhebungen zurückblickt, wie kaum eine andere Provinz ganz Italiens. —

Eine Depesche des „Bormwärts“ vom 23. Juni lautet: Die Gewerkschaften haben sich über den eventuellen Generalstreik als äußerstes Kampfmittel zur Paralyse der Marmorarbeiter-Aussperrung in Carrara nicht verständigt. 13 Gewerkschaften waren gegen und 12 für den Generalstreik. Die Aussperrung dauert unverändert fort. Sämtliche Streikbrecher sind unter dem Jubel der Bevölkerung abgereift. Die Situation ist ernst.

Die Aussperrung der Bauarbeiter im Ruhrgebiete.

Seit Wochen haben die Scharfmacher und die ihnen nahestehende Presse mit dem Aussperrungsplan eine unverdächtige Renommee getrieben. 30 000 Arbeiter, so verkündete man frohlockend, würden von der Aussperrung betroffen werden. Wenn man mit dieser Voranzeige das Interesse der weitesten Öffentlichkeit auf die Vorgänge im Industriegebiet lenken wollte, so kann man füglich nichts dagegen einwenden; sollte aber hiermit, was wahrscheinlich ist, eine Einschüchterung der Arbeiter bewirkt werden, so war das Renommieren ein sehr untaugliches Mittel dazu: eine Ueberraschung brachte der Aussperrungsplan für die Arbeiter nicht. Die führenden Kreise der beteiligten Verbände wußten längst, daß etwas im Werke sei, man wußte auch mit ziemlicher Sicherheit, daß eine Aussperrung kommen würde — die verschiedensten Anzeichen deuteten darauf hin. Das Bauunternehmertum im Industriebezirk zeichnet sich durch besondere Profitgier und Brutalität aus. Das eine erklärt sich durch die sprunghafte Konjunktur — Orte, die in diesem Jahre eine rege Bautätigkeit, eine sieberhafte Grundstückspekulation aufweisen, sind oft im nächsten Jahre fast verödet. In diesem Jahre riesige Profite, das nächste kann ebenso große Verluste bringen. „Weichert euch“, sagt die Kapitalistenmoral, und zwar so schnell als möglich, wer weiß, wie es morgen aussieht. Die außergewöhnliche Brutalität erklärt sich daraus, daß die Unternehmer jahrzehntelang mit den Arbeitern nach Willkür umspringen konnten, ohne jemals kräftigen Widerstand zu finden. Erst als nach der großen wirtschaftlichen Depression in den Jahren 1903/04 bei einer blühenden Bautätigkeit die Organisationen der baugewerblichen Arbeiter einen mächtigen Aufschwung nahmen, änderte sich das. Ueberall machte sich das Bestreben geltend, die so überaus niedrigen Löhne, die in den Krisenjahren noch um ein Wesentliches herabgedrückt waren, aufzubessern. Im eigentlichen Kohlengebiet ist wohl kaum ein Ort, der nicht eine mehr oder minder umfangreiche Lohnbewegung sah — und Erfolg hatten sie alle. Auf der ganzen Linie war das Unternehmertum gezwungen, die Löhne zu erhöhen, in den meisten Orten mußte es auch in eine Verkürzung der Arbeitszeit willigen.

Am Ende des Jahres 1904 war der Lohn für weit über 8000 Maurer auf 50 Pfg. gebracht, der Lohn der übrigen Maurer stand auf 45, 47, 48 Pfg. Die Arbeitszeit betrug in fast allen hierbei gezählten Orten 10 Stunden, mit Ausnahme von fünf, wo für etwa 200 Maurer vorläufig noch die 10½ stündige Arbeitszeit bestehen blieb. In Offen beträgt der Lohn 52 Pfg. Für 16 größere Lohnbezirke bestehen zurzeit Arbeitsverträge.

Das ist in groben Umrissen das Ergebnis der Kämpfe, die die Organisationen in den Jahren 1903/04 im Industriegebiet geführt haben.

Für die Zimmerer stehen die Verhältnisse ähnlich, während die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Bauhilfsarbeiter noch sehr zurückgeblieben sind.

Für die Unternehmer war es natürlich sehr unangenehm, daß die Freiheit der unbeschränkten Ausbeutung so beschnitten wurde. Sie glaubten, durch ihren Zusammenschluß in einen Arbeitgeberbund die „alte gute Zeit“ wieder zurückrufen zu können, und schon im vorigen Jahre trat dieser „Bund“ verschiedentlich in Aktion, indem er in einigen Orten, so in Gerne, Recklinghausen, Wanne, Gelsenkirchen usw. Aussperrungen herbeiführte. Irgendwelche Erfolge für seine Mitglieder hat er nirgends damit erzielt, alle diese Bewegungen endeten mit dem Siege der Arbeiter.

Was ihm damals nicht gelang, soll nun jetzt gelingen. Nach den bisher vorliegenden Nachrichten vom Streikgebiet scheint es aber nicht der Fall zu werden; es hat vielmehr den Anschein, als ob sich der Arbeitgeberbund eine gründliche Niederlage holen sollte. Es ist bekannt, daß schon vor längsten Verhandlungen zwischen Unternehmern und den Arbeitervertretern stattfanden, die erklärlicherweise ein negatives Ergebnis hatten. Bei diesen Verhandlungen sprachen die Unternehmer es offen aus, daß sie jeden Tarifvertrag ablehnen müßten.

Bis jetzt sind ausgesperrt 4400 Maurer, 1500 Bauhilfsarbeiter und 300 Zimmerer. Es ist möglich, daß sich diese Zahl noch um etwas erhöhen wird, absolut ausgeschlossen aber ist es, daß sie auch nur entfernt den Prahlereien des Arbeitgeberbundes entspricht. Die Aussperrten verteilen sich ungefähr gleichmäßig auf die Zentralverbände und den christlichen Verband. Selbstverständlich haben sich alle in Frage kommenden Organisationen miteinander über die innerehaltende Taktik verständigt.

Die Absicht des „Bundes“ soll allerdings dahin gehen, die Aussperrung auch auf die Vertragsgebiete auszudehnen; man kann den Bauproben viel zutrauen, aber so dumm werden sie doch nicht sein. Sie werden sich damit begnügen, keine frischen Arbeitskräfte einzustellen.

Aber ist das, als Kampfmaßregel angewendet, nicht auch ein Vertragsbruch? Man könnte es den Arbeitern nicht verdenken, wenn sie es als solchen ansehen und ihre Konsequenzen daraus ziehen würden. Die Sache würde dadurch für die Unternehmer eine unheilvolle Wendung nehmen.

Die Verbände haben allen Grund, der Aussperrung mit kaltem Blute gegenüber zu stehen. Der „Grundstein“ schreibt dazu:

„Die Absicht der Unternehmer war, nach dem Vorbilde der Zechenbesitzer ein Drama aufzuführen, das in verstärktem Druck, verstärkt durch Ausbeutung, verstärkter

Snechtenschaft der Arbeiter ausklingen sollte — es wird eine Kasse werden, bei der der Arbeitgeberverband eine ähnliche Rolle spielen wird, wie der betriübe Lohgerber, dem die Felle fortgeschwommen sind.

Wenn das Unternehmertum partout vor aller Welt demonstrieren will, daß ihm jede selbständige Regierung der Arbeiterschaft verhaßt ist, daß es allen Versuchen der Arbeiter, ihr elendes Leben menschenwürdiger zu gestalten, stets den wütendsten Widerstand entgegensetzt, daß es die eben für die Kultur erwachten Arbeitermassen wieder in das alte Elend zurückzuschleudern will — so soll uns das recht sein. Die Arbeiter werden daran zu erkennen wissen, was sie zu tun haben.

Und tatsächlich wird auch diese Aussperrung nur dazu beitragen, die Eroberung des Industriegebietes für die gewerkschaftliche Organisation zu beschleunigen.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Wir ersuchen die Kassierer, die zweite Vierteljahrsabrechnung unbedingt bis zum 15. Juli hierher einzusenden. Es geht nicht, die Fertigstellung dieser Abrechnungen vielleicht so lange hinauszuschieben, bis die Restanten Veranlassung finden, ihre Reste zu begleichen. Besonders den neu gegründeten Zahlstellen gegenüber sei betont, ebenfalls die Quartalsabrechnungen einzusenden, ganz gleichgültig, ob die Gründung erst vor etlichen Wochen erfolgte. Die Vorsitzenden aller Zahlstellen haben sich unverzüglich bei den Kassierern zu erkundigen, ob die Quartalsabrechnungen schon fertiggestellt sind; selbstredend haben diese Verpflichtung auch die Revisoren. Kassierer, die hier säumig oder gar unfähig sind, diesem nachzukommen, sind ihres Postens zu entheben. So die Kassienführung eine Lotteriegewinn ist, kann niemals für den Verband eine richtige Unterlage geschaffen werden. Wir machten bisher die Wahrnehmung, daß in den Zahlstellen, wo die genannten Abrechnungen immer erst recht verspätet oder gar nicht eingingen, die Kassienführung eine reelle nicht genannt werden konnte.

Die Abrechnungsformulare lagen der Nr. 24 des Steinarbeiters bei. Sollten einzelne Kassierer nicht im Besitze derselben sein, so ist dieses sofort nach hier zu berichten.

Die Steinarbeiter-Verbreiter sowie die Einzelzahler haben eventuelle Adressenänderungen längstens bis zum 3. Juli der Expedition mitzuteilen, weil die Aufkleb-Adressen wieder neu gedruckt werden müssen.

In letzter Zeit kam uns ein Buch in die Hände, das in einer Zahlstelle ausgestellt war mit dem Vermerk: Duplikat. Ein Duplikat muß aber doch unbedingt die Nummer des verloren gegangenen Buches tragen. Es wurde hier aber dem Kollegen einfach eine andere Nummer gegeben, ohne den Zentralvorstand zu benachrichtigen oder von demselben das Ersatzbuch zu verlangen.

Wir machen hier nochmals ausdrücklich darauf aufmerksam, daß verlorene oder unbrauchbar gewordene Bücher nur vom Zentralvorstand unter Angabe der alten Verbandsnummer ersetzt werden können. Der Inhaber des Buches hat eine Ersatzmarke zu kleben.

Unser Kollege Hermann Siebold-Hamburg hat seinen Posten im Zentralbureau am Montag, den 26. Juni, angetreten.

Korrespondenzen.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vor-Commissie sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstags für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Afenz. Am 25. Juni tagte unsere Monatsversammlung, welche trotz des schlechten Wetters sowohl von hier als auch von auswärts gut besucht war. Punkt 1 der Tagesordnung wurde erledigt durch Zutritt von 13 Kollegen. Im Punkt Verschiedenes wurde in erster Linie ein Statistiker gewählt, und zwar Kollege Friedrich Badus. Weiter wurde beschlossen, unsern verstorbenen Kollegen Friedrich Weinal, welcher bei der Gründung unserer Zahlstelle nicht in der Lage war, derselben beizutreten, einen Kranz an seinem Grabe niederzulegen. Am Schlusse der Versammlung wünschte der Vorsitzende, daß mehr Einigkeit unter den Kollegen herrschen soll. Auch wurde seitens mehrerer Kollegen der Wunsch geäußert, bei der bevorstehenden bairischen Landtagswahl bloß für solche Kandidaten einzutreten, die auch wirklich unsere gewerkschaftlichen Interessen vertreten.

Berlin II. Am 21. Juni fand im Englischen Garten eine Versammlung statt. Das Andenken der Kollegen Lange und Nidardt wurde durch Erheben von den Sigen geehrt. Zum 1. Punkt verlas Kollege B. Klud den Lohntarif für Steinmetzen. Es werden pro Stunde 75 Pfg. verlangt, für Ueberstunden 20 Pfg., für Nachtarbeit 40 Pfg. mehr. Für Sonntagsarbeit 100 Prozent Zuschlag. Dann verlas Kollege H. Wolf den Lohn-tarif für die Schleifer: Stundenlohn 60 Pfg., Ueberstunden 20 Pfg. mehr, Nachtarbeit 50 Proz., Sonntagsarbeit 100 Proz. Zuschlag und den Achtstundentag. Die Kollegen waren beiderseitig sehr zufrieden. Als Schriftführer wurde hierauf H. Wolf gewählt. Für die streikenden Pigarettenarbeiter werden Sammellisten ausgegeben. Dann kam nochmals die Verbreitung des Steinarbeiters zur Sprache. Kollege Köhler machte den Vorschlag, denjenigen Mitgliedern, die das Porto bezahlen, soll der Steinarbeiter zugesandt werden. Kollege Hellmuth Tief wurde als Statistiker gewählt.

Bunzlau. Am 21. Juni fand im Lokal Zur Hoffnung unsere übliche Monatsversammlung statt. Es erfolgten zuerst Wahlen, da verschiedene hiesige Kollegen wieder abreisen mußten wegen Arbeitsmangel. Es wurden gewählt: Kollege Mondorf zum Schriftführer, Kollege Geißler zum Gewerkschaftsstell-Delegierten und Kollege Lofe zum Ortsstatistiker. Im Punkt Verschiedenes entspann sich eine lebhaft Debatte über die jetzige Reiseunterstützung und ferner darüber, daß hier auf den Klagen kein Platzgeld gezahlt wird. Daß die jetzige Reiseunterstützung viel schlechter ist als früher, wo es die Ortsgehenden noch gab, wird wohl keiner bestreiten können; dazu kam früher noch fast überall das Platzgeld. Und jetzt? Die Reiseunterstützung von 60 Pfg. pro Tag, die der reisende Kollege erhalten soll, kann er unter der jetzigen Einteilung und bei den Bestimmungen nicht bekommen. Die heutige Versammlung beschloß, jedem hier durchreisenden Kollegen ein Ortsgehenden zu zahlen (außer den zwei Tagen, die sie hier erhalten), und zwar im Sommerhalbjahr 50 Pfg. und im Winterhalbjahr 75 Pfg. Um die Unkosten zu decken, die dadurch entstehen, wurde beschlossen, daß jeder hier arbeitende Kollege 5 Pfg. pro Woche zu entrichten hat auf die Dauer von 26 Wochen. Es wurde der Wunsch ausgedrückt, daß der nächstjährige Kongress eine bessere Reiseunterstützung einführen möge wie die jetzige. Hauptsächlich sorgen die reisenden Kollegen dafür, daß Delegierte gewählt werden, welche ein richtiges Verständnis für den Ausbau der Reiseunterstützung haben.

Erstein. Adum ist unsere Zahlstelle gegründet, so wird auch schon von den Herren Meistern dafür gesorgt, dieselbe zu vernichten. Am besten berichte es Bauunternehmer Kaufmann. Tut ein Arbeiter nicht nach des Herrn Willen um geringen Lohn

arbeiten, so erfolgt seine Entlassung. Dies erfuhren auch zwei Kollegen, ein verheirateter und ein fremder, am letzten Zahltag. Der Sachverhalt ist kurz folgender: Es wird im Afford gearbeitet, die Preise für ein Stück Stein erfährt man am Zahltag erst, ausgenommen glatte Arbeit. Da die beiden Kollegen außergewöhnliche Arbeiten machten, so war die Differenz am Zahltag zwischen Meister und Gesellen so groß, daß er einen Tagelöhner für beinahe 12 Tage von der Differenz hätte auszahlen können. Aber unsere Kollegen bestanden auf ihren nicht zu hoch angelegten Preisen, die auch Herr Kaufmann nach vielem Hin- und Herreden bezahlte mit der Bemerkung, daß unsere Kollegen Feierabend haben. Herr Kaufmann wäre vielleicht nicht so grün gewesen, wenn nicht ein italienischer Steinhauer von seinem Maurerpolier von Zürich nach Erstein geholt worden wäre; dieser wird den Herrn Kaufmann nicht rausreißen können und auch nicht billiger arbeiten wie andre Steinhauer. Es wurde beschlossen, den Platz vorläufig zu meiden.

Hamburg II. In einer am 20. Juni stattgefundenen Mitgliederversammlung erstattete der Vorsitzende, Kollege Siebold, den Schlussbericht des Streiks. Er hob hervor, daß am 4. April 1905 in 24 Betrieben mit 145 Arbeitern die Arbeit eingestellt wurde. Die Forderungen wurden 30 Betrieben mit 150 Arbeitern zugestellt; zwei davon bewilligten ohne Streit. Vor dem Streit waren 136 Kollegen organisiert; von diesen waren über 6 Monate Mitglied 110. Verheiratet waren 76, mit 117 Kindern; abgereicht sind 31, während des Streiks zugereist 9. Als Streikbrecher nahmen von den Streikenden zwei die Arbeit wieder auf. Am 3. Juni wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Erreicht wurde die Verkürzung der Arbeitszeit um drei Stunden, Erhöhung des Lohnes teilweise, für Ueberstunden 20 Prozent, für Sonntagsarbeit 40 Prozent. Nachdem verliest der Kassierer die Streikabrechnung, welche eine Gesamt-Einnahme von 11 772,15 Mark und eine Ausgabe von 10 866,57 Mark ergab. Im 2. Punkt machte sich, da nun Kollege Siebold als vierter Beamter von der Zentralleitung angestellt ist, die Wahl eines 1. und 2. Vorsitzenden, sowie eines Schriftführers, eines Kartellbelegierten und eines Schriftführers in die Gauleitung nötig. In geheimer Abstimmung wurde Kollege Veigang als 1. Vorsitzender gewählt, gleichzeitig auch als Kartellbelegierter. Als 2. Vorsitzender wurde Kollege Albert Janßen, als Schriftführer für die Lokalverwaltung sowie für die Gauleitung Kollege Paul Melchior gewählt. Nachdem wurde Kollege Siebold für sein unerermüliches Wirken und Streben von den Hamburger Kollegen der Dank ausgesprochen und ihm viel Glück in seinem neuen Amte gewünscht. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Hodenau. Am 31. Mai tagte hier eine öffentliche Steinarbeiterversammlung, welche sich eines sehr guten Besuchs erfreute. Im 1. Punkt erstattete der Vorsitzende die Abrechnung vom 4. Quartal 1904 und vom 1. Quartal 1905, welche von den Revisoren für richtig befunden wurde. Zum 2. Punkt: Agitation am Orte, wurde angeregt, zur nächsten Versammlung einen Referenten zu bestellen, und die uns noch fernstehenden Drecker dazu einzuladen. Dann wurde der Vorsitzende beauftragt, sich mit dem Zentralvorstand ins Einvernehmen zu setzen, damit auch hier Reiseunterstützung ausbezahlt werden kann. Es ist im letzten Winter hier vorgekommen, daß Kollegen von Striegau abends hier mittellos ankamen, und da es im Winter nicht möglich ist, in zwei Tagen von Striegau bis nach Löwenberg zu wandern, war die Versammlung allgemein der Ansicht, daß unser Wunsch gerechtfertigt sei.

Leipzig II. Am 21. Juni tagte im Volkshaus unsere Monatsversammlung. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung 1/9 Uhr und dankte für den zahlreichen Besuch. Hierauf nahm Kollege Starke das Wort zu seinem Vortrag. Derselbe erläuterte in 1 1/2 stündiger Rede die Bedeutung des Gewerkschaftskongresses. Das Referat wurde beifällig aufgenommen. Der Witwe eines verstorbenen Kollegen wurde eine kleine finanzielle Beihilfe gewährt. Ferner wurde Kollege Ludwig wieder als Verbandsmitglied aufgenommen. Die Aufnahme ging nicht so glatt von statten, es machte sich eine berechtigte Opposition dagegen bemerkbar.

Mittweida. Am Sonntag, den 25. Juni, fand eine sehr gut besuchte außerordentliche Mitgliederversammlung im Restaurant Rosengarten statt. Die Tagesordnung lautete: Bericht-erstattung der ersten Unterhandlung mit den Unternehmern und der Vertreterkommission. Den ausführlichen Bericht erstattete Kollege Max Seidel, und zwar folgendes: Am 21. Juni 1905, abends 1/2 Uhr, kam die betreffende Arbeiterkommission im Gasthof zu Neudörfchen mit den beiden Herren Kurt Harter, Landtagsabgeordneter, und E. Peterschick, sowie deren Beamten zu einer Unterhandlung wegen des von den Steinarbeitern vorgelegten Arbeitsvertrages zusammen. Im Laufe der Unterhandlung zeigte sich, daß sich die beiden Unternehmer unsern Forderungen gegenüber teilweise nicht direkt ablehnend verhielten. Die Herren Unternehmer fanden es für angebracht, ihrerseits uns einen Gegenvertrag vorzulegen, welcher nicht mehr als 14 Paragraphen enthielt. Es entspann sich hierüber eine lebhaft und umfangreiche Debatte. Es wurde verschiedenen Punkten zugestimmt, nur über die beiden Punkte: Gehaltsfrage und Stundenlöhne, konnte bis jetzt noch keine Einigung erzielt werden. Gleichzeitig muß betont werden, daß die beiden Herren Unternehmer in sachlichen und humanem Tone mit der Vertreterkommission unterhandelten, ebenso zwei von den Herren Beamten, welche mit an der Unterhandlung teilnahmen. Nur ein dritter Herr Beamter, Herr H ö s e l, zugleich Gemeindevorstand von Neudörfchen, konnte es auch hier nicht fertig bringen, seine spizen Redensarten, die er stets den Arbeitern gegenüber gebrauchte, zu meiden. Herr Hösel dachte vielleicht mit seinen Redensarten die Vertreter der Arbeiter zu reizen, damit sich diese vielleicht zu Gegenreden hinreißen lassen. Das gelang ihm aber nicht im mindesten, da er schon auf diese Art und Weise bei den Arbeitern bekannt ist. Die Versammlung beschloß, in dem von den Arbeitgebern vorgelegten Gegenvertrage einige Punkte anzunehmen, jedoch einige Punkte mit Zusatzanträgen zu versehen und diese Abänderungen den Unternehmern nochmals zu unterbreiten und daran strikte festzuhalten. Dieser Beschluß wurde einstimmig angenommen. Im Punkt Gewerkschaftliches erstatteten die Revisoren Bericht, wobei alles in bester Ordnung war. Herrn H ö s e l aber sei an dieser Stelle gesagt, sich in Zukunft mit den Arbeitern etwas anständiger zu unterhalten, wir haben es endlich satt, uns mit den gewöhnlichsten Ausdrücken titulieren zu lassen. Der Anstand und die gute Sitte ist nicht nur von den organisierten Arbeitern zu pflegen, sondern Herr Hösel hat um so mehr Veranlassung, den Steinarbeitern mit besserem Beispiele auf diesem Gebiete voranzugehen, weil er in der Gemeinde das höchste Ehrenamt bekleidet.

Münster. Am 22. Juni hielten die organisierten Kollegen von Münster und Hiltrup eine Versprechung ab. Es handelte sich darum, ob wir hier eine Zahlstelle gründen wollen oder nicht. Zu dieser Versprechung erschien auch unser Gauleiter, Schmidt-Düffelhof. Er referierte über verschiedene sehr interessante Punkte der modernen Arbeiterbewegung. Wir kamen dann auch einstimmig zur Gründung einer Zahlstelle. Gewählt wurden als Vertrauensmann Hans Kösch-Münster, als Kassierer Heinrich Keller-Hiltrup, als Revisoren die Kollegen Stettinig und Bornsch. Der Beitrag wurde festgelegt auf 45 Pfg., 40 Pfg. für die Marke und 5 Pfg. für die örtliche Kasse. Recht erheitert haben uns die Ausführungen eines anwesenden Herrn vom Christlichen Verband. Derselbe erzählte uns, daß der freie Verband infolge Ausfaltung durch die reisenden Kollegen zurückginge. Durch unsern Gauleiter und andre Kollegen wurde dies zurückgewiesen; auf Befragen konnte er nicht sagen, was unser Verband an Reiseunterstützung bezahlt, er hat überhaupt keine Ahnung von unsern Einrichtungen, aber es wird einfach darauf los geschimpft. Diese

Leute haben eben Angst, daß die Christlichen zu uns übertreten, was schon teilweise geschehen ist.

Neustadt (Harz). In der zu Grimmlingen am 14. Juni abgehaltenen Steinarbeiterversammlung wurde das Bedauern ausgesprochen, daß fremde Kollegen, statt die Versammlungen zu besuchen, Ausflüge unternahmen, um Sieges- und Bismarckdenkmäler zu besichtigen. Wir können ruhig sagen, daß diesen Kollegen der Sinn für die moderne Arbeiterbewegung und den Klassenkampf noch vollständig abgeht. Die fremden Kollegen sind bei uns gewiß sehr gerne gesehen, aber wir können verlangen, daß sie sich auch dem Verbandsanschließen. Es kam die Münchner Aussperrung zur Sprache. Die Versammlung sprach den kämpfenden Kollegen die größte Anerkennung für die straffe Disziplin aus. Die nächste Versammlung möge, so ist es der Wunsch des Vorstandes, äußerst zahlreich besucht sein.

Nieschütz. Sonntag, den 25. Juni, fand hier eine öffentliche Mitgliederversammlung statt. Kollege Staudinger-Leipzig referierte über den Klassenkampf der Arbeiter. In 1 1/2 stündiger Rede erläuterte er das Verhältnis zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber, zeigte, in welcher raffinierter Weise die Arbeiter ausgebeutet werden, das Unternehmertum sich Schätze anhäuft und ein luxuriöses Leben führt, während der Arbeiter in Not und Elend sein Leben beschließen muß und manchmal nicht dasjenige verdienen kann, was notwendig wäre, um wenigstens sich satt essen zu können, kam dann auf verschiedene Unter-nnehmer zu sprechen, die vor 10 bis 20 Jahren noch an der Hausbank gestanden, heute aber nicht mehr wissen, was dieses heißt. Er besprach einige marante Klassenurteile und zeigte, wie das Vertrauen zur Justiz unter solchen Verhältnissen schwinden müsse. Die herrschenden Klassen und politischen Parteien ver-juchen die Gesetzgebung nur zu ihren Gunsten zu gestalten. Das Recht der großen arbeitenden Volksmassen wird vollständig ignoriert. In der Kommission des preußischen Herrenhauses zum Kapitel Vergarbeitschutz saßen neben etlichen Laifhändlern-besitzern noch zwei Oberbürgermeister und zwei Professoren. Wie diese Männer, die nur Kraft ihrer hohen Stellungen in diese gesetzgebende Institution kommen, den Arbeiterschutz ausbilden wollen, ist ja hinreichend bekannt. Weiter besprach Redner in treffender Weise den Terrorismus der Unternehmervereinigungen. Durch dieses Vorgehen sind den freien Verbänden allerdings schon Zehntausende von Mit-gliedern zugeführt worden. Besonders scharf ging der Referent mit den Wirten ins Gericht, die den Steinarbeitern die Lokale verweigern. Solche Leute sind zur Raision zu bringen, wenn die Steinarbeiter etwas mehr auf ihr Selbstbewußtsein halten und solche Lokale streng meiden. (Lebhafter Beifall.) Eine Resolution im Sinne des Referats wurde einstimmig an-genommen. Die Diskussion war eine sehr interessante und wurden die hier bestehenden mißlichen Verhältnisse eingehend besprochen. Hierauf wurde zur Wahl der probitorischen Verwaltung der Zahlstelle geschritten. Es wurden Bruno Wolf-Klein-Zabel und Bayer als Vorsitzende und H. Schütze-Zehren als Kassierer gewählt, Heppner und Max George schließlich als Revisoren. In 14 Tagen soll wieder eine Versammlung stattfinden. Mit der Aufforderung, fest zusammenzuhalten und in der nächsten Versammlung zahlreich zu erscheinen, wurde die Versammlung geschlossen.

Die Orte Nieschütz und Umgebung sind der Zahlstelle Meißner angegliedert und zählt jetzt die Zahlstelle 330 Mitglieder. Die nächsten Versammlungen bringen wohl den letzten Granit-arbeiter in hiesiger Gegend zum Verband. Wir können mit den bisherigen Erfolgen zufrieden sein.

Schneithain. Die am 25. Juni in Heidenheim im Gasthaus Zum Eck stattgefundene öffentliche Steinarbeiterversammlung war von hiesigen und auswärtigen Kollegen gut besucht. Kollege Rothmund aus Stuttgart referierte in vorzüglicher Weise, worauf sich 21 Kollegen in den Verband aufnehmen ließen. Auf einen warmen Appell des Kollegen Bauder aus der Zahlstelle Ulm, ihre Versammlungen fleißig zu besuchen und Zwistigkeiten zu vermeiden, wurde die ruhig verlaufene Versammlung geschlossen.

Strasburg. Am 25. Juni fand eine Versammlung statt. Die Kommission gab bekannt, daß Ende der Woche die Zahl der Streikenden noch 136 betrug, die Zahl der Arbeitswilligen 22. Siebzehn davon schaffen in Strasburg und fünf im Steinbruch-geschäft der Firma B. u. B. hier. Arbeitswillige von außerhalb haben sich noch keine gefunden. Am Freitag fand eine Sitzung der Kommission mit dem städtischen Beigeordneten H. Dominikus statt. Sein Vorschlag ging dahin, die Kommission solle die Streikenden dazu bewegen, die Arbeit wieder aufzu-nehmen, wenn der Tarif so gestellt wird, daß die Innung bei Einführung desselben einen Stundenlohn von 55 Pfg. garantiert. Er wolle versuchen, diesbezüglich auf die Innung einzuwirken. Diese Ausführungen fanden keinen Anklang, da aus allem her-vorgeht, daß die Innung nicht ernstlich gewillt ist, weder Stundenlohn noch Tagelohn einzuführen, sondern die Sache nur be-rschleppen will. Da sie auch eine schwarze Liste von sämtlichen Streikenden verfaßt, so wurde als Antwort darauf beschlossen, daß bei allen Innungsmeistern die Arbeit eingestellt wird, auch in den Geschäften, die Arbeit für Innungsmitglieder liefern (Kunststeinfabriken). Beauftragt wurde die Kommission, bei der Innung anzufragen, was sie denn eigentlich an dem Bunzlauer Tarif auszusetzen hat. Ein christlicher Streikender bedauerte das Verhalten der bürgerlichen Presse uns gegenüber. Am schätzigsten dabei benimmt sich natürlich die Liberale oder Zentrums-Presse. Aber sie öffnet auch den christlichen Arbeitern die Augen.

Stuttgart I. Am Dienstag, den 5. d. M., wurde von den Kollegen der Firma Burren-Dachswald eine Platzversammlung einberufen, um zu dem von Herrn Burren angekündigten Afford (seitiger Taglohn) Stellung zu nehmen. Nach einleitenden Worten des Gauvorsitzenden R. Klingler wurde in die Diskussion ein-getreten, aus welcher hervorging, daß nach den willkürlich an-gefügten Affordpreisen es keinem Kollegen mehr möglich gewesen wäre, auf seinen vorher erhaltenen Stundenlohn kommen zu können. Es wurde daher beschlossen, bei Herrn Burren vorstellig zu werden, um die Zurückziehung der Affordpreise zu erreichen, welche Aufgabe auch Kollege Klingler übernommen hatte. Das gewünschte Resultat konnte aber nicht erreicht werden. Es wurde daher in einer weiteren Versammlung am Mittwoch, den 6., darüber beraten, welche Stellung wir nun zu dem Verhalten des Unternehmers einnehmen wollen. Es wurde, indem auf diesem Wege die Konjunktur günstig ist, beschlossen, die Arbeit ruhen zu lassen, was auch Donnerstag früh einmütig erfolgte. Die Bewegung dauerte nur einen Tag und war von Erfolg.

Würzburg. Am Sonntag, den 18. Juni, fand im Gasthaus Zur blauen Glocke Monatsversammlung der Steinarbeiter statt. Unser bisheriger Vorsitzender war wegen der schlechten Konjunktur und der schlechten Löhne gezwungen, anderwärts zu schaffen und sich von der hiesigen Zahlstelle abzumelden. Es wurde des-halb Kollege Breunig als 1. und Kollege Wiener als 2. Vor-sitzender gewählt. Nachdem zehn neue Aufnahmen gemacht waren, hielt Kollege Breunig ein kleines Referat über Zied und Nutzen der Organisation, welches allgemeinen Beifall fand. Hierauf wurde die Lehrlingszucht stark kritisiert, indem auf ver-schiedenen Plätzen viele Lehrlinge unter 16 Jahren schaffen.

Soziales.

Langdauernde Rentengewährung ohne formellen Bescheid der Berufsgenossenschaft erstet solchen Bescheid. Eineingefallen ist die Zuderberufsgenossenschaft mit einem Verjud, durch Nach-haltung eines vor 14 Jahren vergesenen formellen Renten-festsetzungsbescheides zu erzielen, was sonst nur durch ein Ver-fahren auf Rentenherabsetzung unter Beachtung der Vorschriften

des § 88 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes möglich ist. Der Arbeiter Müller hatte 1890 durch Betriebsunfall in einer Zuderfabrik auf einem Auge jede Sehfähigkeit verloren. Nach Entlassung aus der Augenklinik in Halle a. S. faßte der Vorstand der Zuder-Berufsgenossenschaft den Beschluß, M. eine Rente von 33 1/2 Prozent zu gewähren, und der Verlesete erhielt denn auch diese Rente, eine formeller, berufsunfähiger Beschäftigter wurde ihm aber nicht erteilt. Auch im folgenden Jahre erhielt er einen solchen nicht, obwohl eine Nachuntersuchung erfolgte und Sanitätsrat Dr. Fischer aussprach, die 33 1/2 Prozent wären wahrscheinlich dauernd zu gewähren. 1903 wurde ein neues Heilverfahren notwendig, da M. Beschwerden hatte. Das tote Auge mußte aus der Höhle entfernt werden. Darauf gab Dr. Fischer zu Beginn des Jahres 1904 ein Gutachten ab, daß 25 Prozent ausreichen seien. Auch jetzt wurde kein Bescheid erteilt. M. erhielt aber ruhig seine 33 1/2 Prozent bis zum September 1904. Dann aber, nachdem man wohl das Fehlen eines formellen Bescheides erkannt hatte, erteilte die Berufsgenossenschaft einen solchen in der famosen Fassung, daß M. für die Zeit vom Jahre 1890 bis zum 1. September 1904 eine Unfallrente von 33 1/2 Prozent und von da ab eine solche von 25 Prozent zu gewähren sei.

M. klagte auf Weitergewährung der 33 1/2 Prozent, und das Schiedsgericht gab seinem Antrage statt und verurteilte die Berufsgenossenschaft demgemäß.

Die Berufsgenossenschaft legte noch Refuz ein beim Reichsversicherungsamt und nahm das Rechtsmittel trotz Zuredens des Senatsvorsitzenden, Dr. Friedensburg, nicht zurück. Der Senat verwarf am 24. Juni den Refuz der Berufsgenossenschaft, indem er davon ausging, daß es sich hier um ein unzulässiges Vorgehen der Berufsgenossenschaft handelte, insofern die mehr als zehn Jahre gewährte Rente von 33 1/2 Prozent vom 1. September 1904 ab auf 25 Prozent vermindert werden sollte. Das Reichsversicherungsamt ist der Meinung, daß eine langdauernde bestimmte Rentengewährung ohne formellen Bescheid einen solchen erst. Es ist deshalb vorliegend nach Ansicht des Gerichts verfehlt, nach beinahe 14 Jahren einen Bescheid zu erteilen, der die fragliche Minderung der Rente enthält, nachdem die 33 1/2 Prozent so lange gezahlt worden sind, wenigstens ohne formellen Bescheid. Die Herabsetzung der Rente hätte nur wegen Eintritts einer wesentlichen Besserung im Zustande des Verleseten, unter Beachtung der Vorschriften des § 88 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes herbeigeführt werden können. Im vorliegenden Falle gemäß Absatz 3 dieses Paragraphen nur auf Antrag der Berufsgenossenschaft durch Entscheidung des Schiedsgerichts.

Ein amtliches Zeugnis für den Achtstundentag.

Eine sehr wesentliche und gesetzlich festgelegte Verkürzung der heute im allgemeinen noch üblichen Arbeitszeit ist die Voraussetzung und der Grundstein einer wirklich ernsthaften und durchgreifenden Sozialreform. So lange nicht die Forderungen der Klassenbewußten Arbeiterschaft in bezug auf die Arbeitszeit verwirklicht sind, kann von einer ernsthaften Sozialreform gar nicht die Rede sein. Die großen Ausgabebiziffern der Arbeiterversicherung, mit denen die Gegner haufieren gehen, beweisen gerade aufs schlagendste, wie notwendig ein durchgreifender Arbeiterschutz ist, um die enormen Kranken- und Invalidenbeere möglichst zu vermindern. Denn darüber kann unter einsichtigen und vernünftigen Menschen kein Zweifel mehr bestehen: die heute übliche lange Arbeitszeit, verbunden mit einer dauernd sich steigenden Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft verursacht in erster Linie mit der erschwerenden hohen Krankheitshäufigkeit und Invalidität bei der Arbeiterklasse. Darum: Verkürzung der Arbeitszeit muß stets die Parole speziell der Gewerkschaftsorganisationen sein, und es liegen heute schon Beweise genug vor, daß z. B. von den Arbeitern geforderte Achtstundentag sehr gut durchführbar und in hohem Maße nützlich ist. Ein neuer Beweis ist nun wieder in Königsberg gegeben worden. Dort wurde vor einigen Jahren der Achtstundentag für die Gasanstalt eingeführt. Als man sah, daß er sich vorzüglich bewährte, führte man ihn im Elektrizitätswerk auch ein. Auch die Arbeitszeit der Straßenbahner wurde erheblich verkürzt. In diesem Jahre äußerte sich der Magistrat in der Stadtverordnetenversammlung über die Erfahrungen, die er in der Gasanstalt mit dem Achtstundentag gemacht hat. Das Resultat fiel vorzüglich aus, und unser Genosse Braun stellte den Antrag, das Material, das der Gasanstaltsdirektor Robert gesammelt hatte, drucken zu lassen. Der Antrag wurde angenommen und aus dem jetzt vorliegenden amtlichen Druckwerk teilt man uns einiges mit. So heißt es darin:

„Es wurde in den bisherigen zwei Jahren Betriebsdauer der neuen Gasanstalt die Erfahrung gemacht, daß die Haltung der Betriebsarbeiter eine ganz vorzügliche war, dagegen waren Trunkenheit im Dienst und andere Disziplinverletzungen gerade im Ofenhaus im alten Betriebe nicht selten.“

„Also vor dem Achtstundentag Trunkenheit, jetzt vorzügliche Haltung. Aber weiter! Man lese:

„Im alten Betrieb der Gasanstalt und nach Mitteilungen der Betriebsleiter größerer Gaswerke mit zwölfstündiger Schichtdauer ist die Erfahrung gemacht, daß besonders im Frühjahr und Herbst gerade das Ofenhaus einschl. Kohlentransport die größte Anzahl Kranker stellt; es handelt sich dabei meistens um Rheumatismus oder akute Entzündung der Atmungsorgane. Auffallendweise haben wir bereits im ersten Jahre der achtstündigen Schicht und auch bisher die Beobachtung gemacht, daß bei dem dreimaligen Schichtwechsel die Erkrankung verschwunden ist. Wir haben dann von der Gasanstalt in Mainz, wo gleichfalls die achtstündige Arbeitszeit eingeführt ist, vor kurzem dieselbe Beobachtung bestätigt gehört. Die Gründe sind nabeliegend...“

„Nach der Ansicht des gesamten Betriebsaufsichtspersonals zeigen die bisherigen Erfahrungen mit der abgekürzten Arbeitszeit, daß die leider oft ausgesprochene Erwartung, daß Arbeiter durch eine längere freie Zeit keine Vorteile für ihre gesamte Lebenshaltung erlangen und nur dem Alkohol tiefer verfallen, daß diese Erwartung bei der Gasanstalt durchaus nicht erfüllt ist.“

Ueber die Leistungsfähigkeit sagt der amtliche Bericht: „Es haben sich bei den vorstehend erörterten Arbeitsverhältnissen (Achtstundentag) die Tagesleistungen der Arbeiterkolonnen nicht verringert; bei Arbeiten auf freier Langer Strecke ist die Leistung pro Mann und Tag sogar gestiegen.“ Dieses Zeugnis wird den Außenarbeitern ausgestellt, die eine neunstündige Arbeitszeit mit halbstündiger Pause haben.

„... Bezüglich der Disziplin konnte festgestellt werden, daß sich die Verhältnisse merklich geändert haben durch den Fortfall einer langen Pause, die doch meist in der Nähe der Wauffelle, in der Destille verbracht werden muß. Das gilt namentlich für die Röhrenschliffe und bezüglich der bei Rohrarbeiten angenommenen Gelegenheitsarbeiter. Letztere bleiben sehr häufig nach wenigen Tagen von der Arbeit fort, oder kommen nach der Mittagspause betrunken zur Arbeitsstelle. Dieses Uebel ist nahezu ganz ausgeschaltet worden bei den Rohrverlegungsarbeiten in den Vororten mit durchgehender verkürzter Arbeitszeit. Die bestehende Arbeitsteilung hat sich bisher bestens bewährt, sowohl hinsichtlich des technischen Erfolges, als auch mit Rücksicht auf Kosten und Disziplin...“

„Es wurde nun auch versucht, bezüglich der durchgehenden Arbeitszeit Uebelstände technischer oder wirtschaftlicher Natur festzustellen, soweit das nach der kurzen praktischen Erfahrung möglich ist... Beim Betriebe haben solche Nachteile nicht festgestellt werden können... Bei Installationsbetrieb und Rohrlegung wird von den zunächst beteiligten Dienststellen in jeder Hinsicht nur günstiges über die verkürzte Arbeitszeit berichtet. Meine Uebelstände ergeben sich zuweilen daraus, daß die Aufstehenden bei der gesteigerten Leistungsfähigkeit der Arbeiterkolonnen zwischen nicht schnell genug die Abnahme der Arbeit

bewirken... Unserer Ueberzeugung nach wird aber Gesundheit wie auch Disziplin noch mehr erhalten und gefördert.“

Dieses Zeugnis einer Stadtverwaltung, die politisch auf dem Boden der freimüthigen Volkspartei steht, also durchaus nicht im Geruche des sozialpolitischen Stürmers, ist noch deshalb besonders wertvoll, weil es sich hier zum Teil um den gewaltigen Sprung von der Zwölfstundenschicht zur Achtstundenschicht handelt.

Die günstigste Verkürzung der Arbeitszeit für Unternehmer und Arbeiter noch weiter wirkte, mag folgende Darstellung aus dem bairischen Gewerbeinspektionsbericht von 1903 zeigen, welcher für unsre Kollegen besonders interessant sein wird. Im amtlichen Bericht heißt es:

„Bezüglich der Arbeitszeit wurde auch im letzten Jahre wieder die Beobachtung gemacht, daß infolge einer Verkürzung der täglichen Arbeitszeit die Leistungsfähigkeit der Arbeiter eine größere wurde, so daß die Arbeiter in der kürzeren Arbeitszeit ebensoviele Arbeit leisteten wie früher in der längeren Arbeitszeit. In den Mannheimer Granit- und Sandsteinwerken von Georg Hartmann & S., welche durchschnittlich 120 Arbeiter beschäftigen, vereinbarten Unternehmer und Arbeiter eine 8 1/2stündige Arbeitszeit unter völligem Fortfall der früher üblichen 1/2stündigen Vor- und Nachmittagspausen. Die Kantine, welche ehemals einen starken Bierverbrauch hatte, ging ein. Die Firma berichtet, eine so erhebliche Steigerung der Arbeitsintensität beobachtet zu haben, daß das Arbeitsquantum dem früher während der 10-11stündigen Arbeitszeit geleisteten kaum nachstehe: die Qualität habe wesentlich gewonnen.“

Gegenüber diesen Erfahrungen erscheint der hartnäckige Widerstand gegen die geringfügige Verkürzung der Arbeitszeit als eine lächerliche Borniertheit. Man würde die günstigsten Erfahrungen machen, wenn man nicht nur den Bergarbeitern, sondern allen Arbeitern sofort durch Gesetz den Achtstundentag garantierte.

Rundschau.

Der von den Arbeiterinnen in der Dresdner Zigaretten-Industrie um das Koalitionsrecht geführte Kampf dauert unverändert fort. Die Unternehmer, an deren Spitze die Trust-Firmen Josteti und Jasmaji, haben bisher jeden Einigungsversuch entschieden zurückgewiesen.

Die Ausgesperrten sind nun fest entschlossen, den Kampf durchzuführen. Dazu aber sind bedeutende Geldmittel erforderlich. Es sind zur Unterstützung wöchentlich zirka 30000 Mark notwendig.

Bisher sind die Unterstützungsgelder nicht in besonders reichem Maße eingegangen, und es wäre dringend zu wünschen, daß den Ausgesperrten die nötige Hilfe zu teil würde.

Die Unterstützungsbeiträge sind gemäß den in Köln getroffenen Bestimmungen nicht an die im Kampfe befindliche Organisation, sondern an die Generalkommission zu senden und bitten wir für die Sendung folgende Adresse zu benutzen:

H. Kube, Engel-Ufer 15, Berlin SO. 16.

Die Aussperrung in der Metallindustrie in Bayern hat einen großen Umfang angenommen. Die Gesamtzahl der in München, Nürnberg und Augsburg Ausgesperrten beträgt 25000. Die von der Vorstandschaft des Metallindustriellen-Verbandes den Vertretern der Arbeiter gegenüber gemachten geringen Zugeständnisse wurden von den Arbeitern nicht angenommen. Am Mittwoch (21. Juni) erfolgte die Aussperrung in Nürnberg in 35 Betrieben.

München. Im Ministerium des Äußeren sind zur Herbeiführung einer Einigung zwischen den Metallindustriellen und den Arbeitern, und zwar zunächst mit Vertretern der Industriellen, Verhandlungen auf Mittwoch, den 28. Juni, anberaumt worden, welche am 29. mit den Vertretern der Arbeiter fortgesetzt werden sollen.

Die Auflage des „Zimmerers“ beträgt gegenwärtig 50 000. Der Zentralverband der Zimmerer hat besonders in den letzten Jahren sehr viele Mitglieder gewonnen. 1890 erschien das Organ dieses Verbandes erst in einer Auflage von 15 505 Exemplaren. Genannter Verband kann mit dieser Entwicklung zufrieden sein.

Bekanntmachungen der Vertrauensleute.

Görlitz. Ersuche die Vertrauensleute, mir die Adresse des Steinarbeiters Alfred Gellrich, geb. am 12. Februar 1885 zu Dittmannsdorf (Kreis Frankenstein), bekannt zu geben, weil mir sein Buch Nr. 2528 in großer Unordnung von Lauben aus zugesandt wurde. Bitte auch, demselben kein neues Buch auszustellen. Oswald Egner, Bors., Görlitz, Spremberger Str. 14, III.

Leipzig. Die Vertrauensleute werden gebeten, mir die Adresse von Hugo Rehnert, Steinmetz, geboren den 21. Juni 1883 in Droyßig, zuzuschreiben. Franz Behmisch, Leipzig, Kömischer Hof, Mittelstr. 14.

Adressen-Änderungen.

Stuttgart (12. Gau). Der Kollege Joseph Rothmann wohnt in Götterdingen bei Stuttgart.

Schmallalden. Vorsitzender: Ludwig Haub, Runkelsgasse 3. Kassierer: August Haumann, Schafgasse 28.

Rasthof. Vorsitzender: Fr. Schardt, Augustenstraße 73.

München. Gauleiter: Joseph Link, Zenittstraße 23, II.

Leipzig (Gaulitung). Vorsitzender: Leo Hein, Sonnenw., Pfingsterstr. 6, I. r. Kassierer: Johann Sommer, Kaiser-Wilhelm-Straße 32, pt. r. Schriftführer: Richard Schwarze, Pontatowstraße 1, III.

Geyer. Vorsitzender: Karl Feldmeter, Thumerstraße 210 b. Kassierer: Paul Krause, Silberbüttelstraße 262.

Netz. Vertrauensmann: Sebastian Feuerbach, Medartenstraße No. 0.

Rezierende Beträge für Inserate.

Beucha 1.40, Bunzlau 2.20, Gotha 1.20, Osterwalb 1.40, Nebra 1.40, Neundorf b. Pirna 3.90, Pirna 2.—, Striegau 15.—, Wartbau 6.90, Radwitz 6.20, Leipzig I 5.50, Plauen 1.60, Stuttgart I 1.60, Straßburg 1.20, Schwarzenbach 1.30, Bremen I 2.40, Erfurt 2.70, Hamburg I 2.60, Ludwigshafen (v. Jahre 1901) 1.20, Rochlitz 2.60, Springe 1.30, Bosen 1.30, Berlin II 4.30, Düsseldorf 1.60, Riesa 2.70, Chemnitz 3.—, Fetschenbach 1.50, Frankfurt am Main 2.40, Dortmund 1.60, Hildesheim 1.40, Nürnberg 1.20, Berlin I 11.40, Gelsbach 3.40, Radoszell 1.20, Freiberg i. S. 1.30, Mainz 3.40, Geismar 1.10, Seeburg 1.20, Colmar i. Elsaß 2.60, Unsen 1.60, Grimma 1.50, Sächsisch 1.50, Dresden 6.90, Reinsheim 1.60, Geyer 2.—, Anblau 1.40, Mittelsteine 1.20, Schlettsdorf 1.30, Wunsiedel 1.50, Altenburg 1.40, St. Johann 1.40, Potsdam 1.20, Selb 1.50, Reg 1.50, Naumburg 1.70, Kaiserslautern 2.30, Döhlenfurt 2.—, Friedensfels (Siegel) 1.—, Mittelsmaier (Inserate aus München) 1.60.

Wir ersuchen die Zahlstellenkassierer, diese Beträge unverzüglich an die Hauptkasse abzuführen, damit hier endlich auch die Konten abgeschlossen werden können.

Quittung.

Eingegangene Selber vom 19. bis mit 24. Juni 1905. (Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, D. = Delegiertensteuermarken, Ers. = Ersatzmarken, Z. = Zeitungsmarken, St. = Stempel, H. = Hauptbuch, G. = Gesetzbücher, Br. = Broschüre, F. = Farbfisfen, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate.)

Leisendorf, B. 0.40; Birnbaum, B. 1.80; Benerungen, B. 2.05; Grimma, B. 84.—, E. 1.—, D. 1.—, Z. 28.—; Floß, B. 72.—,

Z. 15.—; Kirchheim, B. 112.—, D. 3.—, Z. 20.—, Ab. 1.20; Wilferdingen, B. 32.—, E. 0.50, D. 5.75; Aue, B. 112.—; Stettin, B. 32.—; Blomberg, B. 5.45; Burdorf, B. 3.95; Heilbronn 35.44; Görlitz (Gräf), Ins. 3.60; Wallbörn, B. 13.55; Lauf a. Holz, B. 3.30, E. 5.50; Seugen (Bant), Ins. 3.—; Münster, B. 2.50; Wolgast, B. 82.—; Erfurt, B. 15.90, E. 1.—, D. 2.25, Z. 3.50, St. 0.75; Geran-Lösch, B. 64.—; Pirna, B. 256.—, Ins. 2.—; Meißner, B. 112.—; Brackwehe 55.36; Untermuthschelbach, B. 3.10, E. 5.50; Zwickau (Gempel), B. 1.60; Berlin I, B. 320.—; Trennfurt, B. 28.—, Z. 6.—; Blankenburg, B. 18.—; Harbheim, B. 12.—; Reiffenhäusen, B. 10.80, Z. 6.—, 4. Qu. 04 6.—; Mannheim, B. 128.—; Hasserode, B. 96.—, E. 3.50, D. 8.75, Z. 16.—; Düsseldorf, B. 64.—, E. 20.—, D. 7.50, Z. 15.—; Schwarzenbach, B. 320.—; Königsbrunn 3.40; Guben, B. 2.55.

Ludwig Geiff, Kassierer.

Briefkasten.

Mannheim. Bericht war unwesentlich. Warum wurde das Referat des Kollegen Kraft Bloß mit einem Satz abgetan? Zum mindesten mußte angedeutet werden, wie er sich zu den wichtigsten Punkten des Gewerkschaftstages stellte. — Osterholz. Auch die italienischen Kollegen haben zwei Zeitungsmarken zu Heben — Sand. Nach Genesung hat die Zahlstelle die Zeitung zu überweisen. Auf so viele Teilsendungen können wir uns nicht einlassen.

Das neue Adressenverzeichnis erscheint in nächster Nummer.

Anzeigen.

Areal, zirka 18 Morgen, mit **Granit- und Basaltsteinbruch**, ist an nur zahlungsfähige Käufer oder Pächter zu vergeben. Vermittlung nicht ausgeschlossen. Offerten unter **N. H. R. 101** postlagernd **Drummhübel** (Schlesien). [1.50 Mk.]

Achtung, Zahlstelle Kirchaich!

Am Sonntag, den 9. Juli, von nachmittags 2 Uhr an findet in den Lokalitäten des Herrn Rumpel unser

erstes Sommerfest

statt. Dasselbe besteht in Gartenkonzert, ausgeführt von der Kapelle Sauer, deklamatorischen Vorträgen und Feste, auch findet **Großes Preisfest** statt.

Abends 8 Uhr: Abmarsch nach dem Festsaal. Hierauf folgend:

BALL

Hierzu sind sämtliche Kollegen von Kirchaich, Steigerwald, Gelsbach, Zell und Umgegend freundlichst eingeladen. [1.80 Mk.] Das Festkomitee.

Unserm Kollegen **Gottlieb Hemker** nebst **Braut** zu ihrem **Hochzeitsfeste** ein dreifach donnerndes **Hoch!** Die Kollegen von Osterholz.

Unserm Kollegen **Louis Dezan** und seiner **holden Braut** die herzlichsten Glückwünsche zur **Verählung**. Verschiedene treugesinnte Kollegen Mühlhausens.

Bruder Schorsch wo bist Du? [0.60 Mk.] Hans Rucktäschel, Schmalkalden, Granitwert.

Todes-Anzeigen.

Am 9. Juni verschied in Malterdingen unser **Bruder, der Kollege**

Wilhelm Ziegler

im Alter von 44 Jahren an der galoppierenden **Schwindsucht**.

Mögen ihm die Kollegen ein ehrendes Andenken bewahren. [1.40 Mk.] Die Gebrüder Ziegler in Sulzfeld.

Am 17. Juni verschied unser guter Kollege **Wilhelm Vahling**

im Alter von 47 Jahren an der **Berufskrankheit**.

Ehre seinem Andenken! [1.— Mk.] Die Filiale Osterholz.

Am 17. Juni verschied unser Kollege **Eduard Zschaler**

im Alter von 45 Jahren 7 Monaten an der **Berufs-**

krankheit. [1.10 Mk.] Ehre seinem Andenken! Zahlstelle Neundorf II.

Am 18. Juni starb unser werter Kollege **Friedrich Winold**

im Alter von 46 Jahren an der **Berufskrankheit**.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. [1.— Mk.] Zahlstelle Alsenz.

Nachruf.

Am 23. April starb unser Kollege, der **Steinmetz**

Gustav Mayer

im Alter von 36 Jahren an der **Berufskrankheit**. Ehre seinem Andenken! [1.20 Mk.] Die Zahlstelle Dresden.

Verantwortlicher Redakteur: H. Stauding, Leipzig. Verlag von Paul Starke in Leipzig. Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.